

Oberbürgermeister Wermuth gegen die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs.

Oberbürgermeister Wermuth hat als Vorsitzender des Kohlenverbandes Groß-Berlin eine Eingabe an die beteiligten Militärorgane und an den Reichskommissar für Kohlenversorgung gerichtet, worin ernste Vorstellungen wegen der neuerlichen Erschwerungen des Groß-Berliner Straßenbahnverkehrs erhoben werden, unter Hinweis auch darauf, daß die Anordnung ergangen sei, ohne daß die beteiligten bürgerlichen Behörden, insbesondere die Kohlenversorgungsstelle Groß-Berlin, auch nur gehört worden sind. Angeführt wird in der Eingabe des ferneren, daß die Ersparnisse weit aus zu gering sind, um die empfindlichen neuen Erschwerungen des Groß-Berliner Straßenbahnverkehrs zu rechtfertigen.

*

Aus Gründen der Stromersparnis und somit der Kohlenersparnis werden auf behördliche Anordnung nicht nur die von uns mitgeteilten Streckenverkürzungen und Umlegungen und die Verlängerung der Verkehrsabstände bei einer beträchtlichen Anzahl von Linien von heute an durchgeführt werden, sondern es wird auch in nächster Zeit eine größere Zahl Straßenbahnhaltestellen eingezo-gen, 109 an der Zahl, und zwar für die ganze Dauer des Krieges. Die Einziehungen verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf alle Stadtteile Groß-Berlins und betreffen auch so wichtige Verkehrsstraßen wie die Leipziger und Potsdamer Straße. 30 weitere Haltestellen werden nur verlegt und 3 Haltestellen werden neu eingerichtet.

Die Veranlassung zu den in das gesamte Straßenverkehrsleben einschneidenden Maßnahmen hat der Reichskommissar für die Kohlenverteilung gegeben, gegen den Widerstand der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft, deren Generaldirektor Wuffow dazu mitteilt, daß die den Verkehr so empfindlich unterbindende Maßnahme schon für den Dezember geplant war. Die Direktion hatte sich mit allen Kräften dagegen gewehrt, aber nur erreichen können, daß die Durchführung bis Mitte Februar vertagt wurde. „Wir haben die Unterstützung des Berliner Polizeipräsidiums, der Eisenbahndirektion, der Städtischen Elektrizitätswerke und des Berliner Verkehrsverbandes gefunden, ohne daß es möglich war, den Kohlenkommissar zu überzeugen, daß die verlangte Ersparnis zu den größten Schwierigkeiten und der vollständigen Ruinierung unseres Wagenmaterials führen müsse. Nachdem ein Ausweichen nicht mehr möglich war, haben wir dem Kohlenkommissar mitgeteilt, daß die Einstellung gewisser Linien die Sachlage nur noch mehr verschlimmern würde. Möglich sei nur das Aufheben einiger Haltestellen, die Verkürzung der Fahrdauer, die Umlegung der Linien und der verlängerte Zeitabstand der Wagenfolge. Das Ergebnis der Verhandlungen ist der veröffentlichte neue Fahrplan. Wir sind uns klar darüber, daß die kommenden Schwierigkeiten im Verkehr von der Bevölkerung sehr stark empfunden werden, haben aber alles getan, um die Verschlechterung des Verkehrs hintanzuhalten. Ganz unverständlich ist es auch, warum diese Verschlechterung jetzt kommen muß. In den folgenden Monaten werden durch den verminderten Hausbrand so viele Kohlen gespart, daß unser Mehrverbrauch vielfach ausgeglichen würde.“

Man kann den Ausführungen des Generaldirektors Wuffow nur beipflichten. Mit dem Straßenbahnverkehr Groß-Berlins steht es jetzt schon so schlecht, daß eine weitere Einschränkung des Straßenbahnverkehrs einer Unterbindung gleichkommt.